



die „Braunsch. N. N.“ erfahren, erfolgte die Abstimmung einstimmig.

Man kann es dem braunschweigischen Volke, dessen ruhmreiche Geschichte auf das engste mit dem Weissenhaue verbunden ist, nicht verdenken, wenn es auf das reichsständische Ansehen des Reiches verzichtet. Der Reichstag der braunschweigischen Ortsgruppen ist übrigens sehr reichlich, wenn man weiß, daß einer der nationalsten Führer in der weissenhaue Reichstagsteilnahme der Reichstagspräsident von Cumberland — wenn auch stark veräußert — anerkannt hat.

### Eine Mahnung zur Ruhe und Besonnenheit.

Unter der Ueberschrift „Deutschland und Frankreich“ meldet ein offizielles Berliner Telegramm der „Köln. Ztg.“:

Weldungen einzelner deutscher Blätter geben an, der Vorstand des „Bureau Waré“ in Ven Schid habe alle deutschen Reichsblätter in Pola ins Gefängnis werfen und zu Zwangsarbeit verwenden lassen. Mißbräute sind die einschüchternen Schutzmänner fremder Mächte in Marokko. An amtlicher Stelle ist von einem solchen Vorgang nicht das mindeste bekannt. Man weiß auch nicht, was für ein Ort unter Pola zu verstehen ist und glaubt daher, daß es sich um eine entstellte oder ersehene Nachricht handelt, der zu schnell Glauben geschenkt werden ist. Solche Meldungen können aber die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich in Marokko schädigen, die sich seit Abschluß der Verständigung wesentlich gebessert haben und die beide Seiten es auch zu fruchtbar getragen haben. In den letzten Tagen ist es z. B. noch möglich gewesen, die Begleitung der Forderung der Firma Messerschmitt an den Maschinen durchzuführen.

In der „Kölnischen Zeitung“ wurde beim Abschluß der Verständigung betont, daß man sie deshalb begrüßen müsse, weil sie eine Quelle der Gefährdung des allgemeinen Weltfriedens zwischen Deutschland und Frankreich zu beseitigen vermöge, vorausgesetzt, daß der Grundhaß der offenen Tür für alle Länder in Marokko gemährt werde. Was die Franzosen seitdem in Marokko unternommen haben, entspricht allerdings durchaus dem Gedanken der pénétration pacifique, hielt sich aber dabei im Rahmen der internationalen Abkommen, die durch den Vertrag von Algéciras eingeleitet wurden. Man hegt hier den Wunsch, daß es wegen der jetzt im Werke befindlichen Anleihe zu einer Einigung zwischen Frankreich und Marokko kommen möge, durch die die deutschen Interessen nur gefördert werden können. Die Zeiten haben sich geändert, und wenn in der letzten Periode des deutsch-französischen Marokkofreites manchmal alles, was den Franzosen schädlich war, als Deutschland nützlich angesehen wurde und wohl auch angesehen werden konnte, so ist das jetzt nicht mehr der Fall. Von beiden Seiten werden jetzt Rücksichten beobachtet und der ehrliche Versuch wird gemacht, ein Nebeneinanderbestehen der wirtschaftlichen Interessen Deutschlands und Frankreichs zu ermöglichen. Diesen Bestreben wird aber nicht gehindert durch Verweigerung wahrenschonlich übertriebener, jedenfalls vorläufig nicht beglaubigter Nachrichten, die den alten Streit wieder ins Gedächtnis zurückrufen.

### Schwert Paschas Mission.

(Meldung der „Politischen Rundschau“.)

Wenn auch der türkische Generalissimus in erster Linie einer Einladung des Kaisers folgt, um an den deutschen Mäandern teilzunehmen, so hat dennoch die Fichte die Gelegenheit benützt, um dem türkischen Hauptkommandeur ein genaues Studium der deutschen Einrichtungen auf strategischen Gebiete aufzugeben. Die Arbeit der deutschen Ingenieure im türkischen Heere hat nämlich, wie man der „P. R.“ aus Konstantinopel schreibt, in maßgebenden Kreisen die Meinung befestigt, daß sich gerade die deutschen Einrichtungen für die zu reorganisierende türkische Armee am besten eignen. Man ist jedoch nicht einseitig für die Vervollkommnung des heeres Sorge zu tragen, hat man auf türkischer Seite eine Gruppe Offiziere ausgewählt, die eine Reise nach Frankreich zum Studium militärischer Einrichtungen antreten sollen. Der Aufenthalt dieser Offiziere dürfte sich auf ca. 2 Monate erstrecken. Es besteht auch bei Schwert Pascha die Absicht, nach den deutschen Mäandern kurze Zeit der französischen Hauptstadt einen Besuch abzustatten, der gleichfalls mit strategischen Dingen in Zusammenhang gebracht wird.

### Gemeindenunfallversicherung auf dem Lande.

Ueber die Einführung einer Gemeinde-Unfallversicherung auf dem Lande schreibt man uns: In Bayern hat man einen sehr beachtenswerten Versuch auf sozialpolitischen Gebiete gemacht. Selbständige Bauern unterliegen bekanntlich nicht der Krankenversicherung, während die durch ihre Beiträge zur staatlichen Unfallversicherung entschädigungsrechtlich durch die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften sind. Da aber die staatliche Unfallversicherung die Verletzten erst nach Ablauf der 13. Woche — während denen die Krankenversicherung eintritt — entschädigt, so gehen die selbständigen Bauern während dieser Zeit leer aus. Da nun aber nach der Reichstagsstatistik durchschnittlich etwa nur die Hälfte der angemeldeten landwirtschaftlichen Unfälle entschädigt wird, fallen die Leidenden und mittelverursachen Fälle mit kürzerer Nachwirkung in der Regel aus. Aus diesem Grunde ist man mit der Gründung einer Gemeinde-Unfallversicherung auf gesellschaftlicher Grundlage vorgegangen, die hauswirtschaftliche und Betriebsunfälle bis zur Dauer von 90 Tagen entschädigt. Von letzteren der bayerischen Regierung ist von den Gemeinden ein Gründungsfonds von 100 Mk. aus Gemeindegeldern und die Bildung eines Reservefonds von 600 Mk. verlangt worden. Die Einrichtung beruht auf einem Statut, das von dem praktischen Arzt Dr. F. S. in Eßlingen entworfen ist. Die erste Klasse ist inzwischen in Thüringen eingerichtet.

### Ansiedlungsfonds für Posen und Westpreußen.

Man schreibt uns: Durch die seit dem Jahre 1886 zur Förderung deutscher Ansiedlungen in Posen und Westpreußen erlassenen Gesetze sind bisher für die eigentliche Besiedlung 550 Millionen zur Verfügung gestellt. Dabei sind aber die Rücknahmen des Fonds zu berücksichtigen. Diese Rücknahmen aus Renten und Pachten, aus dem Verkauf von Waldparzellen, Restgütern und anderen zur Besiedlung nicht

geeigneten Stellen werden sich bis Ende 1910 auf wenigstens 200 Millionen Mark belaufen haben. Mit diesen 200 Millionen wäre das Ansiedlungsgeld wiederum 4 Jahre fortzuführen, und in dieser Zeit können mehrere 100 Millionen durch Rücknahmen ein. Würden auch diese in den beiden folgenden Jahren zu Ansiedlungszwecken verwendet, so wären dann — das heißt Ende 1916 — seit dem Jahre 1886 im ganzen über 900 Millionen in Ansiedlungen angelegt.

### Partei-Nachrichten.

#### Schack und die Antisemiten.

# Die „Libérale Korrespondenz“ schreibt: „Erstlichweise gibt es in der Organisation der „Deutsch-Nationalen Handlungsgehilfen“ würdige Elemente, wie z. B. die Ortsgruppe 2 u d w i g s h a f e n, die schon am 9. September, also kurz nachdem die Affäre bekannt geworden war, folgende Entschlüsse annahm:

„Die verammelten Mitglieder hatten es nicht für angebracht, daß bei dem jetzigen Stand der Angelegenheit Schack innerhalb des Verbandes nach der einen oder anderen Seite hin Stellung genommen wird. Vielmehr erwartet die Ortsgruppe Zustimmung a. A., daß die Verwaltung und die Ortsgruppen des Verbandes in dessen Interesse strengste Neutralität bewahren und der gerichtlichen Aufklärung nicht einseitig vorgreifen. Bestätigt diese das angelegte Verbot des Schacks, dann ist Schack als Führer der deutsch-nationalen Handlungsgehilfenbewegung, als welcher er bisher so Großes geleistet hat, natürlich unmöglich.“

Diese Sprache hätte von allen beteiligten Ortsgruppen und von allen antientimischen Presseorganen geführt werden müssen. Dann hätte man keinen Zweifel auf sie werfen können.

Inzwischen haben auch die parlamentarischen Genossen Schack, die Herren der deutsch-sozialen Parteileitung Webermann v. Sonnenberg, Rattmann und Raab, die Sprache wiedergelesen und veröffentlicht in ihrem Parteiprogramm eine Erklärung, wonach sie behaupten, es sei ihnen „zur traugigen Gewißheit“ geworden, daß „unser Freund Schack“ von einem „schweren psychischen Leiden“ befallen sei. (Sie die drei Herren) hätten sich deshalb „veranlaßt gesehen, seine Vorführung in eine Herrenklubankanzuraten und ihn ärztlicher Behandlung zuzuführen.“ Alle „erhebendsten Kreise“ sollten ihr eigenes Urteil über die traugigen Vorgänge zurückerklären, bis die Verträge und Richter ihr amtliches Urteil abgegeben haben — d. h. bis Gras über die Sache gewachsen ist. Nun, das Urteil der öffentlichen Meinung liegt bereits fest, aber die Taktik der Webermann und Raab ist nicht ungeschickt. Sie spekulieren auf das menschliche Mitleid und auf den Respekt vor Richterentscheidungen. Sie wollen sich dadurch die schwere Wahl in Eile nach erleichtern. Viel Glück werden sie aber damit nicht haben, ihr Plan ist doch zu durchsichtig.

### Heer und Flotte.

#### Die deutschen Kaisermanöver.

# Aus Krautheim wird der „Kölnischen Zeitung“ unterm gestrigen Datum gemeldet:

Das blaue Kavalleriekorps überschritt, in der Linie Niederhöfen, Künzelsau, Neuenstadt zum Uebergang der Grenze mit der württembergischen Kavalleriedivision bereitstehend, die Landesgrenze und schob sich auf verschiedenen Straßen in die Jagstniederung vor, nachdem die Kriegserklärung gegen 11 Uhr erfolgt war. Das rote Armeekorps Oberkommando hatte Kavallerie-Aufführung bis zur Linie Westertshausen, Sindelhof, Dorenzimmern, Stägenhausen und Weidungsfelden vorgetrieben und die Höhen der Jagstniederungen durch die vierte bayrische Division stark besetzt.

Als um 11 Uhr vormittags der Kriegszustand eintrat, waren die blaue bayrische Kavalleriedivision Gebatell über Blaufelden, Muffingen nach Jagstberg-Höhebach, die blaue württembergische Kavalleriedivision Werder über Künzelsau-Hellenberg hinter die südlich Stägenhausen gelegenen Höhen geführt worden. Beide blauen Reiterdivisionen ließen mehrere Schwadronen der vorberenen Regimente abziehen, sich in Schilfenlinien aufstellen und diese den Bestimmungen des neuen Kavallerie-Reglements entsprechend als Scharfen in die Jagstniederung heranzuziehen, um zu verhindern, daß der Besitz der Höhenlagen und der jenseitigen, zwar von Rot besetzten, aber schwach besetzten Höhen zu gehen. Genau mit bei der Infanterie, vorfristig und mit großem Geschick, erfolgte das Vorgehen der Schilfenlinien der abgezogenen blauen Kavallerie unter dem Schutz von Maschinengewehren und der reitenden Batterien der Reiterdivisionen. Es gelang ihnen auch nach Ueberwindung der durch Rot zerstörten Jagstbrücken (Annahme) den schwachen roten Grenzschutz auf der ganzen Linie Dörzbach-Nordenberg zu werfen, wodurch zuerst der bayrischen Kavalleriedivision Gebatell bei Weidungsfelden unter Benutzung vorhandener Furten der Uebergang über die Jagst ermöglicht wurde. Die vorgehenden blauen Kavalleriegeschwadren trieben den schwachen Gegner aus den Feldbesetzungen hinter die steilen Höhen des rechten Jagstufers, während das Gros der Kavalleriedivision Gebatell auf das rechte Jagstufer übergang. Inzwischen waren in gleicher Weise die Schilfenlinien der württembergischen Kavalleriedivision Werder durch das Gehölzgebiet über Ober- und Untergangsbach auf Weidungsfelden vorgedrungen worden, unter deren Schutz das Gros folgte. Die schwachen roten Grenzschutzkräfte der Dörzenimmern und Stägenhausen wurden zurückgeworfen und über Weidungsfelden über die Jagst gedrängt. Die als zerstört angenommene Krautheimer Brücke war schnell wieder hergestellt und im Laufe des nächsten Tages um 11 Uhr die vier Kavallerie-Eskadronen der Vorhut die Brücke, und damit war auch dieser Jagstübergang in der Hand von blau. Blau hatte durch geschicktes Vorgehen und zweckmäßige Ausnutzung seiner Chancen, sowie durch praktische Ausnutzung der Kavallerie im Taktgeschehen gezeigt, wozu wertvolle Dienste die Kavallerie im Einzelfalle außer im Aufklärungsdienste auch in ihrer Verwendung als kämpfende Truppe zu leisten vermag.

Ferner meldet Louis Hirsch's Telegraphen-Bureau: Mergentheim, 14. Septbr. Der Kaiser erschien gestern mittags gegen 1 Uhr auf dem Mändergelände und hielt sich beim Kavallerietroop auf. Es kamen auch die Prinzen und die Mänderverteilung, General v. d. Goltz weifte ebenfalls

hort. Die meisten Mändergäste, auch der kaiserliche Hofmarschall sowie Generalsadjutant v. Sögenborff werden heute erwartet. Der Kaiser tritt bis gegen Abend auf dem Mändergelände und langt erst um 7 Uhr bei strömendem Regen in Mergentheim an, wo er vom Publikum lebhaft begrüßt wurde.

### Das Luftschiff zur Landung gezwungen.

Das an den Kaisermandern in Württemberg teilnehmende Militärluftschiff „Groz II“, das gestern mittags gegen 12 Uhr in Hall aufgestiegen war, wurde nach einer unruhigen telegraphischen Meldung infolge zu starker Belastung durch den niedergehenden Regen herabgegedrückt und schwebte zu nahe der Erdoberfläche. Gegen 13 Uhr nachmittags streifte das Luftschiff einige Waldbäume in der Nähe von Derschpitz bei Mergentheim, wobei verschiedene Verbindungsstränge geknickt wurden. Das Luftschiff war zur Landung gezwungen. Die erlittenen Beschädigungen sind nur leichter Natur. Die Luftschiffabteilung ist von Gelfentischen nach Derschpitz abgegangen.

### Kleine politische Nachrichten.

#### Erzberger auf Reisen.

Der Zentrumsgesandte Erzberger hielt gestern in der Stadthalle zu Mainz seine bekannte Rede über die Reichsfinanzreform. Mehrere tausend Personen wohnten dem Vortrag bei. Die Besprechung verlief sehr ruhig.

#### Deutsche Waren- und Kaufhäuser.

Der Ausschuss des „Verbandes Deutscher Waren- und Kaufhäuser, e. V.“ tritt am 23. d. M. zu einer Sitzung im Gebäude der Berliner Handelsbank zusammen. Zur Verhandlung stehen u. a. das neue Gesetz gegen den unfauleren Wettbewerb, verschiedene Konventionen und die Zukunftsengemeinschaft mit dem Verbande Deutscher Detaillgeschäfte der Textilbranche.

#### 13. Diaplor-Anstalten-Konferenz.

Mit der Generalversammlung des Evangelischen Bundes in Mannheim wird auch der Verband der evangelischen Diaplor-Anstalten seine 13. Konferenz verbinden. Sie wird am 24. Sept. im „Hofgarten“ zu Mannheim stattfinden.

#### Protokoll der freien Gewerkschaften.

Einen Antrag von mehr als 2000 Teilnehmern veranlaßten gestern in Worms die freien Gewerkschaften, um gegen die drückenden Auflagen der durch die Reichsfinanzreform geschaffenen neuen Steuern zu protestieren. In Worms' Stabkirche sprach hierauf in überfüllter Saale auf Einladung der Städt. Dunderjahn Vereine Pfarrer Korrell in wirksamer Weise.

#### Wahls des englischen Handelsministers.

Wie die „Frankf. Ztg.“ erfährt, wird in den nächsten Tagen der englische Handelsminister in Frankfurt a. M. eintreffen, um sich über die Einrichtungen der Arbeitsvermittlung zu informieren.

#### Die amerikanische Ausstellung in Berlin.

Der amerikanische Staatssekretär für Handel und Arbeit leitet in einem Rundschreiben die Aufmerksamkeit der Fabrikanten auf die bevorstehende amerikanische Ausstellung in Berlin hin und betont, daß das nationale Interesse verlange, die Ausstellung so vollständig und erlesen wie möglich zu gestalten.

### Ausland.

#### Die englische Finanzkrise.

Kriegserklärung Rosobergs an das Kabinett Asquith.

London, 14. Sept. Dem englischen Schatzkanzler Lloyd George ist es gelungen, die von ihm geforderten neuen Steuern im Unterhause durchzusetzen. Doch liegt nach die Sanftmütigkeit ihrer Realisation im Oberhause, wo bekanntlich die Konventionen des Hebesystems herrschen. Bedenklich hierbei ist die Haltung Lord Rosobergs, des Führers der Oberhausliberalen, der dem liberalen Kabinett eine runde Wange kritisch erweist, so daß es bis jetzt noch zweifelhaft erscheint, ob das jetztige Ministerium mit seiner Finanzpolitik Erfolg haben wird.

# Das englische Unterhaus blüht auf eine außerordentlich arbeitsreiche Zeit zurück. Kaum jemals war es so schwierig, wie in diesem Jahre, zwischen Einnahmen und Ausgaben das Gleichgewicht im Budget herzustellen. Der Schatzkanzler Lloyd George mußte ähnlich wie sein deutscher Kollege Sadow mehr als 300 Millionen neuer Steuern fordern, um die erhöhten Kosten der Flottenrüstung und des Ausbaues der Landmacht decken zu können. Das Oberhaus zeigt sich in dieser Frage besonders schwierig; dazu kommt, daß Lord Rosoberg, trotz seiner entgegengesetzten Parteistellung, sich auf dessen Seite gestellt hat.

Lord Rosoberg hat eine lange und ehrenvolle politische Vergangenheit hinter sich. In der Gladstonischen Epoche ausgewiesen, hat er selbst an der Spitze eines liberalen Kabinetts gestanden, und er gehört auch als liberaler Organist zu den prominentesten Mitgliedern der Partei. Um so auffälliger muß jetzt seine Kriegserklärung an das liberale Kabinett Asquith erscheinen. Was er an dem Budget tadelt, das ist besonders die von Lloyd George beantragte höhere Besteuerung des Grundbesitzes. Er erblickt darin genau, wie die Agrarier bei uns, den Anfang einer Vermögenskonfiskation, eine revolutionäre Tat und ein Verkenntnis zum Sozialismus. Rosoberg erklärt er auch noch heraus, daß er gegenüber diesem Budget einer Tarifierreform annehmen würde. Das bedeutet in der Praxis die Abschaffung von Rosoberg von den Liberalen und sein Verkenntnis zum Schutznoll. Es ist allerdings noch sehr fraglich, ob er innerhalb der liberalen Partei großen Anhang damit finden wird. Jedenfalls hat er persönlich seine Beziehungen zum Liberalismus gelöst. Wird das Budget aber vom Oberhause im Vertrauen auf die Uneingetret im liberalen Lager verworfen, dann kommt auch das liberale Kabinett um die Auslösung des Hauses der Gemeinen nicht länger herum. Denn es würde der englischen Tradition widersprechen, wenn die Regierung ohne das Volk zu befragen, den Kampf gegen das Oberhaus aufnehmen würde. Dabei wird die Frage entschieden werden müssen, ob das Land am Freihandel festhalten oder den

# Kongresse und Verbandstage.

## 19. Verbandstag der mittleren Post- und Telegraphen-Beamten.

P. Berlin, 12. September.

Der zweite Verbandstag brachte eine Abänderung des Programms für diesen Tag. Die gedruckten Kommissionen konnten die zugeteilten Anträge am Vormittag nicht erledigen, so daß am Nachmittag die Plenarsitzung ausfallen mußte. Der mit Spannung erwartete Vortrag Kulturaufgaben der Beamten-Schaft soll in der „Deutschen Postzeitung“ veröffentlicht werden. Der dritte Tag ist für die Plenarsitzung reserviert. Zunächst wurde der Geschäftsbericht Entlassung erteilt. Die Gesamteinnahmen betragen im verfloßenen Jahre rund 600 000 Mark. Das Vermögen beträgt gegen 2 Millionen Mark. Kein anderer Verband hat ein annähernd großes Vermögen aufzuweisen. Die Anlegung des Vermögens erfolgt grundsätzlich nicht in Grundstücken, es durch Kapital zu unterstellen. Für den nächsten Etat kommen erhebliche neue Einnahmen bei den Wohnfahrtsstellen, so für Rekrutierungsabteilungen 20 000 Mk. Als neue Wohnfahrts-Einrichtung soll ein besonderer Fonds für Jungen- und vereinzelter Mitglieder geschaffen werden. Verfügbar sind dafür schon 21 000 Mk. Die Errichtung eigener Heilanstalten wird, weil unwirtschaftlich, abgelehnt. Der Etat für 1910 wird mit unwe有entlichen Änderungen genehmigt. Ein Südt. Sozialpolitik treibt der Verband für seine Angehörigen, indem er einen Pensionsfonds unterhält und die Gehälter seiner Angestellten um 25 Prozent erhöht.

Eine Anzahl Anträge, so insbesondere die Errichtung einer Krankenpflege, werden abgelehnt. Es wird aber dem Wünsche Ausdruck gegeben, daß sich die Selbstverwaltung zur Einrichtung einer solchen Kasse verstehen möchte.

(Schluß der Vormittagsberatung.)

### Die Nachmittags-Sitzung.

In der Nachmittags-Sitzung wird ein Antrag, für die Einführung der Erziehungshilfen einzutreten, dem Verbandsvorstande als Material überwiesen. Ein weiterer Antrag verlangt ein Eintreten des Verbandes für Beilegung der Ungleichheiten der neuerlichen Besetzung der Beamten in den Kleinrenten. Sticht werden kraft Steuerverhältnisse angeführt. Zum Beispiel müßte ein Beamter mit 2000 Mk. Einkommen in Ruppertsdorf (Hüll.) 300 Mk. direkte Steuern bezahlen. Den preussischen Beamten würden in den anheperrücklichen Orten bis zu 200 Mk. Entschädigung für steuerliche Leistungen gewährt.

Bzüglich der Besoldungsregulierung wird der Entschädigung Ausdruck gegeben, daß besonders die Ämterklasse schlecht abgefunden habe. Man spricht die Bitte aus, die Selbstverwaltung möge wiederum eine Beförderungstellung für die Ämterklasse einführen. Berlangt wird eine Gleichstellung der Diätäre mit denen Preußens.

Ferner verlangen Resolutionen Neuregelung der Fahrt- und Ueberlager-Gebühren der Bahnpostbeamten. In der Frage der Zeit ist man sich einig, ein gutes Verhältnis zur Verwaltung und zum Reichsange zu unterhalten.

Zum 1. Verbandsvorstand wird Postsekretär Stender gewählt; 2. Vorsitzender ist Ober-Postassistent Stottmeier. Der übrige Vorstandswahl wird wiedergewählt, mit Ausnahme des Herrn Jurke, an dessen Stelle Postassistent Rielbroth, ein nach 1900 eingetretener Beamter, der die junge Generation verkörpert soll. Der bisherige erste Verbandsvorsitzende Poltsch, gegen den bekanntlich das Disziplinarverfahren schwebt, verabschiedet sich mit herzlichen Worten. Am Schluß seiner Ausführungen verabschiedet Redner, und wenn das Schwerte ihm treffen sollte, er werde auch fernerhin mit allen Kräften seines Vorgesetzten an der Standesorganisation hängen, welcher er seine ganzen Kräfte gewidmet habe. Sein Wunsch sei nur der, auch fernerhin einig zu sein, wenn man diesen Wunsch, dann sei er schließlich beschonigt. Nach diesen Worten, die wohlkommen Worten bricht ein immer und immer sich wiederholender Beifall aus. Alles klärt zu dem bis herigen Führer, um ihm noch einmal durch einen Händedruck Dank für sein Mäxtrium zu sagen. In beredten Worten dankt ihm Herr Rade (Bremen); die Treue, die er seinen Standesgenossen gehalten habe, sie wird ihm, mag kommen, was wolle, gehalten werden! (Stürmischer Beifall.)

Der nächste Verbandstag findet in Berlin, der Gautag 1910 in Elberfeld statt. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband wird der Verbandstag um 6 Uhr geschlossen.

### 1. Deutscher Richtertag.

(Nachr. verb.) S. u. H. Nürnberg, 12. Sept.

Mit einer Zusammenkunft der Mitglieder des Vorstandes und der Vertreter der Landesvereine des Deutschen Richter-Bundes begann hier heute nachmittag die Verhandlungen des Deutschen Richter-Tages. Die geschäftlichen Beratungen wurden von dem ersten Vorsitzenden Landesgerichtsdirektor Leeb-Augsburg geleitet. Die vorbereitende Sitzung der Vorstandsmitglieder und der Vertreter der Landesvereine beschäftigte sich lediglich mit internen Angelegenheiten. Am Abend fand eine Begrüßung der Teilnehmer und der Gäste in der Gesellschaft „Museum“ statt. In der Tagesordnung für die eigentlichen Beratungen wird Landesgerichtspräsident de Riemer-Altmühl über die Befugnis der Strafverfolgung sprechen. Die bedingte und unbedingte Strafverfolgungspflicht der Staatsanwaltschaft wird Landesgerichtsrat Rade-Berlin behandeln. Landesgerichtsrat Priandogent Dr. Friedrich-Gießen wird die Stellung des Richters zu den Parteien im Vorverfahren behandeln und Oberamtsrichter Ries-Würzburg über die Gestaltung der Rechtsmittel sprechen. — Wir werden über die weiteren Verhandlungen berichten.

(Nachr. verb.) Nürnberg, 13. Sept.

Die geschäftlichen Verhandlungen des ersten Deutschen Richter-Tages wurden heute vormittag mit einer Begrüßung der Teilnehmer

und Gäste durch den Vorherrschen, Landesgerichtsdirektor Dr. Leeb (Augsburg), eröffnet. Präsident Dr. v. Müll überbrachte die Grüße des bayerischen Justizministeriums und des Oberlandesgerichtsbezirks Nürnberg. Für die Stadt sprach Richter Wagner und namens der Rechtsanwölfe des Oberlandesgerichtsbezirks Nürnberg Rechtsanwalt Justizrat v. Kauh. Das erste Plenum erörterte Landesgerichtspräsident de Riemer (Nürnberg) über die Befugnis der Strafverfolgung in der Hand folgender Beisitzer: 1. Das Landesgericht ist gegenüber dem Einzelrichter das bessere Gericht. Deshalb ist der Ertrag des Landesgerichts durch den Einzelrichter eine Verschlechterung der Rechtspflege. 2. Der gelehrte Richter ist gegenüber dem Schöffen der bessere Richter. Deshalb ist das kollegiale Belehrengericht gegenüber dem Schöffengericht das bessere Gericht. Daber ist der Ertrag der Strafammer durch das Schöffengericht eine Verschlechterung der Rechtspflege. 3. Die Verbesserung des Laienelements für die Berufungssitzung ist eine Unmöglichkeit. Deshalb ist die Beteiligung der Laien an der Rechtspflege auf die erste Instanz zu beschränken.

In der Diskussion stellte Oberlandesgerichtspräsident a. D. Eggelsen Ham-Bonn einen Antrag, in dem die Zuehlung von Rechtsanwählern zu den Staatsanwaltern empfohlen wird, um eine enge Fühlung der Gerichte mit den Volkswirtschaften und das Vertrauen des Volkes zur Rechtspflege aufrecht zu erhalten. — Oberlandesgerichtspräsident Deeder (Dresden) hat es nicht für nötig, daß man auf diese Art die Richterung zu ausdrücklich betone, daß unter allen Umständen der gelehrte Richter der bessere sei. — Oberlandesgerichtspräsident Doppler (Colmar) erklärt, daß der Richter ohne Mühsüß auf politische Gründe und ohne auf das Empfinden des Volkes Rücksicht zu nehmen, nur seine Ueberzeugung auszusprechen habe. Der Redner bringt einen dementsprechenden Antrag ein. Dieser Antrag wird angenommen. Hierauf referiert Landesgerichtsrat Rade (Berlin) über die bedingte und unbedingte Strafverfolgungspflicht der Staatsanwaltschaft.

In der Diskussion spricht zunächst Oberlandesgerichtspräsident a. D. Eggelsen Ham-Bonn, der den Entwurf einer Kritik unter dem Gesichtspunkte des Legalitätsprinzips unterzieht. Bei der Behandlung einer so wichtigen Frage sei ein Eingehen auf die Details notwendig. — Staatsanwalt Meinhart-Karlsruhe: Der Legalitätsgrundsatz hat sich in Baden und Südbaden nicht wohlbewährt und sollte aufrecht erhalten bleiben. Wenn ein Staatsanwalt seinem Gewissen nach eine Verurteilung nicht empfehlen kann, so soll er auch den Akt haben, gegen das Gesetz nach seiner besten Einsicht zu entscheiden. Zum aber ein Gesetz in die Hand zu geben, wonach er gegen das Gesetz anzutreten soll, das scheint nicht angemessen. Landesgerichtsrat Rade-Berlin verabschiedet sich diesen Gedanken nicht. Der Antrag Ham-Bonn lautet: Der deutsche Richter tag billigt, ohne in Einzelheiten einzugehen, die Art, in welcher der Entwurf der Strafprozessordnung, die Ausnahmefälle von der von der Staatsanwaltschaft und der Polizeibehörden geltenden Verfolgungspflicht freisetzen will.

Hierauf wird die Frage: „Die Gestaltung der Rechtsmittel“ erledigt. Referent ist Oberamtsrichter Ries-Würzburg. Er bezeichnet die erste Instanz als die wichtigste der drei Instanzen. Die ganze Geschichte muß darauf hingelen, daß das Uebergehen in erster Instanz dasjenige ist, in dem der Rechtssatz bis zum letzten Ende angefaßt wird. Der Redner legt schließlich die Entscheidung der Berufungsinstanz bei den Landesgerichten vor. Durch eine höhere Instanz erfolgen kann. Zum mindesten soll ihre Errichtung bei den Oberlandesgerichten den Landesjustizverwaltungen freigegeben werden. 2. Es soll die Möglichkeit geschaffen werden, in solchen Fällen, in denen es sich um die Herbeiführung einer grundsätzlichen Entscheidung handelt, die Berufungssitzung auszufallen und gegen die Entscheidung der ersten Instanz unmittelbar das Revisionsgericht anzurufen. 3. Es ist unangemessen, in den Fällen der sofortigen Beschwerde dem Gerichte, dessen Entscheidung angefochten wird, die Befugnis zu deren Abänderung zu verlagern.

Der Vorsitzende Landesgerichtsrat Dr. Leeb-Augsburg schloß die Tagung. Nachmittags fand ein Festmahl statt.

### Briefkasten.

(Eber-Vertrag ist die Abnormenquantität beizulegen.)

C. B. Einwendungen ohne den Namen des Einfinders sind für uns nicht verwendbar. Wie kann man überhaupt an eine Reklamation ohne Zutrittfragen richten? Die Reklamation warf selbstverständlich das Reklamationsgemüßnis.

R. Der Reichstag ist am 13. Juli d. J. geschlossen, nicht verlagert worden.

W. 109. In einem gemeinschaftlichen Testament kann ein Ehegatte bei Lebzeiten des andern seine Verfügung nicht einseitig aufheben.

Leitung: Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gerichte und Handel: Eugen Brunnmann; für Ausland, Reise Nachrichten und Sport: Erich Polkow; für das Feuilleton und Vermischtes: Paul Schauburg; für den Inseratenteil: Friedrich Endruß; Druck u. Verlag von Otto Hendel.

— Diese Nummer umfaßt 12 Seiten —

### Ein Stärkungsmittel

allerersten Ranges. Schweißbein (Wom), 6. Februar 09. „Bion“ ist für mich ein Stärkungsmittel allerersten Ranges geworden und hat viel zu meiner Wiederherstellung beigetragen. Ich habe „Bion“ nach chronischem Magenatarrh gebraucht. Gleich nach dem ersten Vorkauf merkte ich erhebliche Kräftigung des ganzen Körpers, die Schmerzen ließen nach und heute nach 5 Wochen fühle ich mich außerordentlich wohl und aktiv. Ich kann „Bion“ jedem ähnlich Leidenden bestens empfehlen. Hochachtung! Albert Reimer. Unterzeichnet: Reimer, Bau-Verlag, Notar. Bion ist ein höchst wertvolles und billiges Stärkungsmittel. Paket 3 Mk. in Apotheken, Drogerien, Falls nicht vorrätig, versende Apothek in Bensheim (Hessen) franco gegen Nachnahme.

Schluß von parlamentarischen Versammlungen des jetzigen Kabinetts vorzulegen wolle. So ist durch das Eingreifen des Reichsberaters der Stein ins Rollen gebracht worden. Unter Haus oder der Oberhaus — Freihandel oder Schutz Zoll, das sind die beiden großen Fragen, die bei Verhandlungen im Vordergrund des allgemeinen Interesses stehen würden. Wie immer die Wahlen ausgehen werden, in jedem Falle berühren sie Dinge, die auch für die auswärtige Politik Englands von höchster Wichtigkeit sind.

### Ungarische Wünsche.

Aus Budapest wird gemeldet: Ministerpräsident Dr. Wekerle ist nun hier zu einem zwei- bis dreitägigen Aufenthalt nach Wien abgereist. Er wird an den gemeinsamen Ministerkonferenzen teilnehmen, die zur Feststellung des gemeinsamen Budgets stattfinden. Der Ministerpräsident wird auch vom König in Budapest empfangen werden, und ihm Vorschläge für die Klärung der Lage unterbreiten.

Was den Standpunkt des Kabinetts betrifft, so müßte daselbst nach einer Meldung des „Reiter-Logh“ eine Neuregelung der Sanftfrage bis 1917, jedoch unter der Bedingung, daß Barzahlungen der österreichisch-ungarischen Bank aufgenommen werden. Bezüglich der Militärfrage vertritt das Kabinett den Standpunkt, daß es vor dem Reichstag nicht mit der Forderung der für Meer und Marine beanspruchten bedeutenden Militärkredite treten könne, falls nicht gewisse bestehende, von militärischen Autoritäten gebilligte Zugeländnisse bezüglich Zulassung der ungarischen Sprache in der Armee gewährt würden.

Betreffs der Wahlreform schickt das Kabinett gewisse Veränderungen der ursprünglichen Vorlage vor. Es heißt die dreifache Kurialität fallen und behält das Wahlrecht wieder, so daß das Prinzip des allgemeinen Stimmrechts möglichst verwirklicht wird.

### Tschechen und Deutsche.

Aus Wien wird gemeldet: Bei der Ankunft des Münchener Gesandten „Lieberthal“ verfaßten etwa 200 Arbeiter sich auf der Straße gegen die tschechischen Beamten in Arbeiterkreuz zu dem anstehenden. Die Polizei schritt ein und zerstreute die Demonstranten. Zahlreiche Verhaftungen mußten vorgenommen werden. Mit diesen Vorfällen hatte es folgende Bemerkung: In diesen Vorfällen bei Budweis (Böhmen) unternehmen Sonntag nach Tischen einen Angriff auf die Schule des Deutschen Schulvereins. Es zerrümpelten mit Steinen die Fenster des Gebäudes und empfangen die herauskommenden Wächter mit Schüssen. Die Wächter erwiderten das Feuer mit ihren Revolvern. Schießsichtheten die Angreifer; die Wächter blieben unversehrt.

### König Peters Ende.

London, 14. Sept. Im „Central News“ wird aus Dössa gemeldet: Ein dort aus Belgad eingetretener wohnsinniger Gewächsmann erklärte, daß wahrscheinlich innerhalb der nächsten zwei Monate eine Palastrevolution und die Abkündigung König Peters bevorstehe, da die ungenügenden Ausschreitungen des Prinzen Georg erhöhte Furchung und Unzufriedenheit im ganzen Lande hervorgerufen hätten.

### Neuer staatliche Arbeitslosenunterstützung in Frankreich.

Schreiben die „Dokumente des Fortschritts“ (Verlag Georg Reimer, Berlin). In Frankreich besteht bekanntlich eine staatliche Arbeitslosenunterstützung in der Form, daß ein Gesamtbetrag von 110 000 Fr. jährlich ausgeworfen ist, aus dem die Vorkosten für die Arbeitslosenunterstützung bis zu 16 Prozent und den nach Sectionen gegliederten Arbeitslosenklassen bis zu 24 Prozent des Betrages der von ihnen gewährten Unterstüßungen zugeschießen werden kann. In Anbetracht der geringen Zahl der einlaufenden Gesuche konnten im Jahre 1907 allein nachstehenden Klassen, sofern sie überhaupt berücksichtigt wurden, die Subvention in der vollen gesetzlich zulässigen Höhe gewährt werden. Infolge der Bedingungen, an die die Unterstüßung geknüpft ist — Ausschluß nur an Arbeitslosenklassen — konnte die Unterstüßung nicht einmal zu einem Drittel der ausgemessenen Gesamthöhe ausgedrückt werden; nur 5287 Personen von den Hunderttausenden der Arbeitslosen profitierten davon mit einem Durchschnittsbetrag von rund 5 Mark pro Kopf.

### Kleine Tagesnachrichten.

Eine prinzipielle Millionenteil.

Der „Martin“ meldet aus London: Am nächsten Montag findet in Dinmell die Vermählung des Prinzen Wigand v. Bra-naga mit der amerikanischen Millionärin Stenard statt. Kaiser Franz Josef hat der künftigen Gattin des Prinzen den Titel einer Prinzessin verliehen.

Ein neuer Preis.

Das letzte Blatt „Zwono“ berichtet: Prinz Georg verlangt von der Regierung eine halbe Million Francs als Wohnung oder eine jährliche Apagne von 120 000 Francs. Er wandte sich in dieser Angelegenheit auch an den Ministerat.

Einstellung einer russischen Einmischigkeit.

Er verlautet, daß die Strafe von 3000 Rubeln für die Verurteilung der zum Militärdienst sich nicht meldenden Juden in Russland demnächst abgeschafft werden soll. Die Anregung dazu soll vom Premierminister Stolypin ausgehen.

Hohen Feiertags halber bleiben unsere Verkaufsräume und Bureaux

# Donnerstag, den 16. September, geschlossener.

# 7. Gewin

Halle a. S., Marktplatz 2 und 3.

